



18.008

Aussenwirtschaftspolitik.

Bericht 2017

Politique économique extérieure.

Rapport 2017

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.03.18 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 12.03.18 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)

Präsidentin (Keller-Sutter Karin, Präsidentin): Da ich mich nun fast schon in der Mitte meines Mandates befinde, ist es höchste Zeit, dass auch der erste Vizepräsident einmal hier Platz nehmen darf. (*Heiterkeit*) Er wird Sie durch das vorliegende und die beiden nächsten Geschäfte leiten.

Le président (Fournier Jean-René, premier vice-président): Merci, Madame la présidente. Comme quoi toute chose finit quand même par arriver!

Germann Hannes (V, SH), für die Kommission: Die Kommission beantragt Ihnen einstimmig Eintreten und jeweils Zustimmung und Kenntnisnahme der erwähnten Berichte.

Der ehrliche Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik vermittelt Informationen über verschiedene wichtige aussenwirtschaftspolitische Themen. Das Schwerpunktthema in diesem Jahr lautet: "Die Entwicklungen im internationalen Investitionsschutz als Chance nutzen". Im Anhang des Berichtes unterbreitet der Bundesrat uns dann den Entwurf des Bundesbeschlusses über die Genehmigung der zolltarifarischen Massnahmen. Dieses Jahr liegen dem Bericht keine Wirtschaftsvereinbarungen zur Genehmigung durch das Parlament vor.

Wir haben in der Kommission zunächst eine Gesamtwürdigung des Berichtes vorgenommen, als wir das Geschäft am vergangenen 29. Januar entsprechend vorberaten haben. Wir sind dort den Bericht Kapitel für Kapitel durchgegangen. Das wird aber heute, wie mir der Vizepräsident unseres Rates bestätigt hat, nicht so gemacht, sondern es gibt eine gesamte Debatte zum Eintreten und zum Bericht, und nachher werden wir dann über die einzelnen Punkte und allfälligen Fragen befinden.

Beim diesjährigen Bericht fällt auf, dass er gegenüber früheren Berichten kompakter ist und dass er mit Schwerpunktsetzungen abgefasst ist. Im Zentrum steht der verbesserte Zugang der Schweizer Wirtschaft zu internationalen Märkten sowie die Weiterentwicklung der Beziehungen zur EU. Als Instrumente für die Liberalisierung des internationalen Handels stehen an vorderster Stelle das Engagement der Schweiz innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) und die Freihandelsabkommen. Hier geht die Schweiz nach dem Lösungsansatz "Freihandelsabkommen, Doppelbesteuerungsabkommen, Investitionsschutzabkommen" vor.

Schwerpunktthema sind dieses Jahr, wie erwähnt, die Investitionsschutzabkommen. Unsere aussenwirtschaftspolitischen Aktivitäten haben sich im vergangenen Jahr im Umfeld einer aufblühenden Konjunktur und einer global anziehenden Investitionstätigkeit bei gleichzeitig tief bleibenden Inflationsraten bewegt. Aufgrund des global zunehmenden Protektionismus konnte die Schweiz im Jahr 2017, wie ebenfalls erwähnt, keine neuen Wirtschaftsvereinbarungen abschliessen. Insgesamt können wir aber, wie gesagt, mit den Wachstumszahlen zufrieden sein.

Nun mache ich einige Bemerkungen zu den Schwerpunktthemen. Den Investitionsschutz als neue Chance nutzen – das hat für den Bundesrat grösste Priorität; Herr Bundesrat Schneider-Ammann hat das in der Kommission auch noch einmal bestätigt. Die Schweiz gehört international zu den zehn grössten Kapitalexporthoren. Günstige Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen liegen deshalb im Interesse der Schweiz. Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Wertschöpfungsketten und der Digitalisierung der Wirtschaft nimmt die Bedeutung grenzüberschreitender Unternehmensstrukturen auch für kleine und mittlere Unternehmen zu. Aufgrund der damit zusammenhängenden langfristigen Kapitalbindung im Ausland steigt das Bedürfnis nach staatsvertraglicher Absicherung dieser Rahmenbedingungen. Darum sind eben Investitionsschutzabkommen



für die Schweiz ein wichtiges Instrument zur Stärkung der internationalen Rechtssicherheit. Im Bericht finden Sie in Ziffer 8.1.1 eine Übersicht darüber.

In den letzten Jahren sind die Investitionsschutzabkommen und die darin vorgesehenen Investitionsschiedsgerichte zunehmend in die Kritik geraten. Einzelne Länder haben in jüngerer Zeit derartige Abkommen gekündigt. Die Schweiz anerkennt in bestimmten Bereichen einen Reformbedarf. Sie hat ihre Vertragspraxis zu Investitionsschutzabkommen entsprechend seit Jahren kontinuierlich weiterentwickelt, und sie beteiligt sich auch an der Erhöhung der Transparenz und anderen Reformen zur Verbesserung der Investor-Staat-Schiedsverfahren. Über die gekündigten Abkommen haben wir uns auch in der Kommission speziell unterhalten. Ich habe es erwähnt, Ziffer 8.1.1 verweist auf diese Abkommen. Auf Seite 879 zeigt eine Übersicht, wie die Sache in Bewegung gekommen ist. So sind die Abkommen mit der Schweiz von Indien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, der Slowakei und Südafrika gekündigt worden. Das Abkommen mit Indien ist erst seit dem 6. April ausser Kraft, jenes mit Indonesien schon etwas länger. Natürlich müssen wir diese Kündigungen dann auch im Zusammenhang mit den entsprechenden Auswirkungen auf die Investitionen betrachten, die die Schweizer Unternehmen im Ausland tätigen. Hier hat Herr Bundesrat Schneider-Ammann zwei Aussagen für besonders wichtig erachtet. Die herkömmlichen Abkommen haben für bereits existierende Objekte eine längere Dauer des Schutzes vorgesehen, nämlich zehn Jahre. Wenn die Verhältnisse nun zu unsicher erscheinen beziehungsweise wenn der Investitionsschutz als nicht genügend erscheint, wird logischerweise mit Investieren zugewartet. Es gibt mehrere Projekte, die ausgelöst worden wären, wenn eben dieser Investitionsschutz weiterhin bestünde.

Weitere Schwerpunkte, auf die verwiesen worden ist, sind die verantwortungsvolle Unternehmensführung und die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU. Dort gibt es ja wie gesagt viele offene Baustellen, unter anderem hat das Parlament Ende 2016 eine Umsetzung von Artikel 121a der Bundesverfassung über die Steuerung der Zuwanderung beschlossen, die mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vereinbar ist. In der ersten Hälfte 2016 war die Aktualisierung des Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen ausgehandelt worden. Mitte beziehungsweise Ende 2017 konnte diese dann in Kraft gesetzt werden. In der Folge galt es, auch in anderen Bereichen verschiedene Fortschritte und Erfolge auf technischer Ebene zu erzielen.

Nun hat der Bundesrat auch den ungerechtfertigten und diskriminierenden Entscheid der EU vom 21. Dezember 2017, die Äquivalenz betreffend die Schweizer Börse nur befristet anzuerkennen, verurteilt. Er wird versuchen, diese Arbeiten 2018 neu zu beurteilen, und wer weiss, vielleicht haben sich ja hier inzwischen schon wieder weitere Entwicklungen ergeben.

In der WTO, die für die multilaterale Wirtschaftszusammenarbeit zentral ist, haben sich im Berichtsjahr keine nennenswerten Fortschritte eingestellt. Hier verweise ich auf Ziffer 4, namentlich auf Ziffer 4.1.

Zu den übrigen Abkommen möchte ich keine weiteren Bemerkungen mehr machen. Die Kommission hat sich wie gesagt natürlich auch mit Fragen des Brexit auseinandergesetzt, auch mit einer Aktualisierung zum "Schoggi-Gesetz", vor allem aber natürlich mit den Investitionsschutzabkommen. Insgesamt hat aber die Kommission diese neue Fassung des Berichtes des Bundesrates sehr begrüsst.

In diesem Sinne plädiere ich hier für Kenntnisnahme.

AB 2018 S 167 / BO 2018 E 167

Müller Damian (RL, LU): Ich danke dem Bundesrat für den ausführlichen und übersichtlichen Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik des vergangenen Jahres. Wie die Beratung des Berichtes in der Aussenpolitischen Kommission deutlich gemacht hat, stimmt die Richtung unserer Aussenwirtschaftspolitik. Ich begrüsse es insbesondere, dass der Bundesrat im Bericht die Bedeutung des internationalen Investitionsschutzes für die Entwicklung unserer Wirtschaft hervorgehoben und auf die Chancen der diesbezüglichen internationalen Reformforderungen hingewiesen hat.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu jenem Abschnitt des Berichtes, der aus meiner Sicht den dringendsten Handlungsbedarf in der Weiterentwicklung unserer Aussenwirtschaftspolitik thematisiert. Ich bin dem Bundesrat für die klare Feststellung dankbar, dass die defensiven Interessen des Schweizer Agrarsektors für den Ausbau unseres Freihandelsnetzes ein Hindernis darstellen. Der Bundesrat erkennt zu Recht – ich betone das –, dass bezüglich der Liberalisierung des Handels mit Agrarprodukten ein neuer Ansatz unumgänglich ist. Wenn wir diesbezüglich nicht schnell und entschlossen handeln, drohen wir im Vergleich zu Drittstaaten, namentlich im Vergleich zur EU, in der Freihandelspolitik abgehängt zu werden. Dies können und dürfen wir uns nicht leisten, zumal die Wachstumsdynamik der Schweizer Wirtschaft bereits heute im internationalen Vergleich zu denken gibt. Unsere Wirtschaft wuchs im vergangenen Jahr weniger als halb so stark wie jene des Euroraums. Wir müssen alles daransetzen, das zu ändern.



Deshalb und aufgrund der zunehmenden Bedeutung aussereuropäischer Märkte für unsere Exportwirtschaft ist es dringend, unser Netz an Freihandelsabkommen weiter auszubauen und zu vertiefen und Diskriminierungen gegenüber Drittstaaten zu verhindern. Es geht nicht länger an, dass ein Wirtschaftssektor, der gerade einmal 0,7 Prozent zur Wertschöpfung beiträgt, die Konkurrenzfähigkeit der gesamten übrigen Exportwirtschaft schwächt und somit dem Wohlstand schadet. Dabei zeigen zahlreiche Beispiele, dass auch der Agrarsektor in der Lage ist, dank qualitativ hochstehender Produkte im Auslandmarkt nicht nur zu bestehen, sondern sogar neue Felder zu eröffnen.

Es nützt also nichts, wenn wir schwarz- oder weissmalen. Wir müssen den Dialog führen, damit wir die Agrarpolitik 2022 plus gemeinsam entwickeln können und damit das "Drei-Bein-Taburettli" Direktzahlung, Grenzschutz und Direktvermarktung weiterhin stabil bleibt. In diesem Sinne täten die Verantwortlichen in den Bauernorganisationen wohl gut daran, sich der eigenen Geschichte zu erinnern, vor allem der Zeit, als die Bauern entdeckten, dass die aufkommenden Städte in Savoyen, Burgund und Lombardei nicht mehr in der Lage waren, ihre wachsende Bevölkerung mit Milchprodukten und Fleisch zu versorgen. Damals ergriffen viele Bauern im Freiburgischen, aber auch in der Innerschweiz die Chance und begannen für den Export zu produzieren, und das nicht zu ihrem Nachteil. Das war im späten Mittelalter, also vor 750 Jahren.

Gerade angesichts dieser Geschichte wird es noch unverständlicher, wenn Bauernvertreter nicht nur auf die Öffnungsbremse stehen, sondern auch das Gespräch über mögliche Wege der Weiterentwicklung verweigern. Eine Gewichtung nützt niemandem. Im Gegenteil, verhärtete Fronten sind ein schlechtes Klima für konstruktive Lösungen. Und so viel sei gesagt: Da fällt es verständlicherweise schwer, dem Sympathien entgegenzubringen.

Diesbezüglich gilt es auch festzuhalten, dass ich wirklich niemanden kenne, der unsere Landwirtschaft auch nur im entferntesten Sinne an die Wand fahren will. Umso mehr danke ich dem Bundesrat und insbesondere Herrn Bundesrat Schneider-Ammann dafür, dass er die Dringlichkeit dieses Themas nicht nur im Aussenwirtschaftsbericht aufgezeigt hat, sondern sich unter nicht ganz einfachen Bedingungen auch für einvernehmliche Lösungen engagiert, die im Interesse unserer ganzen Wirtschaft und somit der gesamten Bevölkerung stehen. Wir tun gut daran, den Dialog zu führen, wenn wir die Innenwirtschaft, aber auch die Aussenwirtschaft unseres Landes für die nächsten Jahre mitgestalten.

Berberat Didier (S, NE): Comme cela a été rappelé par le rapporteur, la commission s'est notamment penchée sur le point principal du rapport, à savoir les développements en matière de protection des investissements internationaux et les mesures de la Suisse pour étoffer les accords de protection des investissements. Je remercie le Conseil fédéral d'avoir fait cet exercice.

Comme cela a également été dit, la commission a aussi discuté de l'état des négociations qui concernent plusieurs accords de libre-échange, notamment avec des pays hors Europe, ainsi que des défis économiques liés au Brexit et à la stratégie du Conseil fédéral en la matière. La commission, cela a été rappelé, a pris acte du rapport et vous propose à l'unanimité d'adopter l'arrêté fédéral portant approbation de mesures touchant le tarif des douanes.

Je souhaiterais mettre en lumière un point, Monsieur le conseiller fédéral, c'est la question du libre-échange. Il est vrai que le principal problème, actuellement, du libre-échange, c'est que l'on se trouve entre deux feux. D'un côté, vous avez ceux qui considèrent, souvent à juste titre, que les critères sociaux et environnementaux sont insuffisamment pris en compte dans les accords de libre-échange. De l'autre côté, vous avez les apôtres du protectionnisme conservateur, dont le champion du monde toutes catégories est le président Trump, mais il y a aussi du conservatisme dans notre pays, notamment de la part de l'Union suisse des paysans. On a parlé d'agriculture, et je dois vous dire que, dans ce domaine, je peine à comprendre, par exemple, le refus de dialoguer avec vous sur la question de l'accord de libre-échange avec le Mercosur. Je pense qu'il est important de protéger l'agriculture suisse, mais un refus d'entrer en matière ou le fait de mettre les pieds au mur n'est pas une solution si on souhaite continuer à pouvoir commercer.

Si l'on doit protéger l'agriculture suisse, on doit aussi faire preuve d'ouverture si on souhaite vendre des produits à l'étranger. Je pense notamment aux accords avec le Mercosur, que ce soient des accords que l'on négocie nous-mêmes ou ceux qu'on négocie dans le cadre de l'AELE.

Je dirai que si le Conseil fédéral ne souhaite pas être pris entre deux feux, c'est-à-dire entre, d'un côté, des gens qui souhaitent faire plus d'efforts en matière de développement durable et, de l'autre, ceux qui souhaitent ne pas discuter et ne pas faire de libre-échange, il serait vraiment important non seulement que le dialogue ait lieu, avec les milieux conservateurs et protectionnistes, mais aussi que le Conseil fédéral fasse preuve d'ouverture avec les milieux qui sont favorables au libre-échange mais qui s'inquiètent, par exemple, des conséquences écologiques et sociales des accords de libre-échange. Je crois qu'il est important d'établir



un équilibre entre les tenants du protectionnisme et ceux qui éprouvent de l'inquiétude à propos des questions environnementales et sociales.

La semaine passée, le Conseil national a adopté la motion Grin 16.3332, "Négociations avec la Malaisie, sans l'huile de palme!". Cela nous posera bien entendu de gros problèmes dans le cadre des discussions relatives aux accords de libre-échange avec la Malaisie – puisque la motion vise à en exclure l'huile de palme – et l'Indonésie. Il est donc important de trouver des solutions.

C'est pour cela que je souhaite aussi que l'on fasse des efforts, au niveau de la Suisse, pour que l'on ait un meilleur monitoring des mesures de développement durable afin de pouvoir mesurer exactement ce qui a été fait dans le domaine. Sinon, on risque à terme d'avoir de gros problèmes et de ne plus pouvoir conclure d'accords de libre-échange, ce qui serait catastrophique, vous l'admettrez, pour un pays comme le nôtre.

Schneider-Ammann Johann N., Bundesrat: Der Bericht wurde vom Kommissionssprecher dargestellt. Ich halte mich auch hier kurz. Wir haben den Bericht konzentriert, das haben Sie festgestellt. Nach dem Prinzip "Ich hatte keine Zeit, dir einen kurzen Brief zu schreiben" war der Aufwand für uns also eher grösser als kleiner. Aber es hat sich offensichtlich gelohnt, die Transparenz ist gegeben.

AB 2018 S 168 / BO 2018 E 168

Wenn ich gleich bei Ihren Bemerkungen, Herr Berberat, einsteigen darf: Ja, wir haben Handlungsbedarf. Ja, wir müssen die Zeit mit ins Kalkül einbeziehen, damit wir kompetitiv unterwegs bleiben. Wenn ich Ihnen bezüglich der mobilen Gesellschaften am Standort Genf eine Antwort gebe, dann lautet sie wie folgt. Dort hören wir mittlerweile schon seit einigen Jahren: "Macht klar, dass wir das Unternehmenssteuerregime der Schweiz kennen!" Da braucht es spätestens in diesem Jahr die Steuervorlage 17, die zum Durchbruch gebracht werden kann. "Macht klar, dass wir das Verhältnis mit der EU kennen!" Das ist für uns ein weiterer Standortfaktor. Neu wird jetzt noch angemahnt, dass wir uns bewusst sein müssen, dass mit den Entscheidungen der amerikanischen Regierung die Steuerverhältnisse in den USA so attraktiv gestaltet wurden, dass global tätige, mobile Gesellschaften sich auch dort vorteilhaft ansiedeln können. Wir hätten verloren, wenn wir in diesem Bereich Unsicherheit bestehen liessen und wegen dieses unsicheren Terrains plötzlich Firmen abgeben müssten, die heute nicht nur für Umsätze, sondern vor allem für Erträge und damit auch für Steuererträge und für Jobs gut sind. Das Job-Thema ist das Thema des Berichtsjahres 2017. Das Job-Thema ist natürlich auch das Thema des laufenden Jahres und der kommenden Jahre.

Wir haben eine gute Ausgangslage. Wir dürfen das nur nicht zu oft wiederholen und dann dabei noch selbstgefällig werden. Wir sind bei den Innovativsten, wir sind bei den Stärksten im Wettbewerb. Wir sind das deshalb, weil wir auf einem der besten Bildungs- und Forschungssysteme basieren. Das ist von mir aus gesehen der entscheidendste Faktor, und deshalb kämpfe ich auch dafür, dass in diesem Bereich nicht gespart werden muss, wenn nicht wirklich die letzten Möglichkeiten ausgeschöpft werden müssen.

Dies gesagt, kommen wir zu einem Schwerpunktkapitel – es wurde von Ihnen angesprochen, Herr Ständerat Germann. Der Investitionsschutz ist wichtig. Die Trilogie "Investitionsschutz, Doppelbesteuerung, Freihandel" ist das Konzept, das wir verfolgen. Wann immer wir ein Freihandelsabkommen abschliessen können und gleichzeitig noch die Verhinderung von Doppelbesteuerung und den Investitionsschutz vereinbart wissen, kann man voraussagen, dass der Handel zwischen den beiden Partnern im Vergleich zum Handel mit Normalländern ohne Freihandelsabkommen in den ersten fünf Jahren nach Abschluss etwa um den Faktor 2 wachsen wird. Auch sind die direkten Investitionen in die entsprechenden Partnerländer, mit denen man neu ein Freihandelsabkommen eingegangen ist, etwa doppelt so gross wie solche in Drittländer. Der Investitionsschutz ist also wichtig, keine Frage.

Die Firmen gehen nicht in Länder, die diesbezüglich kein verlässliches Angebot machen. Wir haben eine nicht ganz einfache Situation im Verhältnis mit Südafrika. Auch die Situation mit Indonesien muss geklärt werden; Malaysia, Mexiko, Bahrain und die Slowakei sind ein paar Beispiele für Länder, bei denen es Diskussionsbedarf gibt und wo man Klarheit herbeiführen muss. Es ist machbar. Es ist auch nicht so, dass die Länder sagen, sie wollten nicht, aber sie präferieren natürlich in der Regel ein Abkommen mit der Efta – wir sind ja häufig im Efta-Kontext unterwegs –, um nicht zu sagen mit der viel grösseren EU.

Wir haben die Corporate Social Responsibility wirklich hochgehalten, wir haben die Nachhaltigkeit hochgehalten – wir berichten im Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik darüber. Ich glaube, wir können uns zu denjenigen Staaten zählen, die über die besten Instrumente und über die konsequenteste Anwendung verfügen. Wir bekommen auch die entsprechende Anerkennung.

Zum Verhältnis zur EU sei in aller Kürze nur Folgendes erwähnt: Horizon 2020 wurde zurückgewonnen; das war entscheidend wichtig. Die Konformitätsbewertungen sind geklärt worden; das war entscheidend wichtig.



Die Frage der Börsenäquivalenz, der Benachteiligung der Schweizer Börse, muss jetzt geklärt werden. Es gab leider, Herr Ständerat Germann, meines Wissens in den letzten paar Stunden und in den letzten paar Tagen keine wirkliche Fortschrittsmeldung. Das wird noch etwas dauern. Es ist, wie Sie richtigerweise gesagt haben, diskriminierend und ungerecht, wie man uns behandelt, ergo muss das richtiggestellt werden. Der Bundesrat ist daran, einen Weg für entsprechende Verhandlungen zu finden.

Die WTO – das nur in einem Satz, auch das wurde im Prinzip gesagt – braucht es. Es darf keine Frage sein, ob man diese multilaterale Grundlage haben will oder nicht. Sie ist zwingend notwendig. Wir haben im Dezember in Buenos Aires daran mitgewirkt, dass die WTO nicht zurückrutschte. Wir konnten immerhin die bisherigen Errungenschaften noch einmal sichern. Das war die absolute Minimalanforderung für diese Ministertagung.

Zu Mercosur wurde viel gesagt; ich verzichte darauf, noch einmal darüber zu referieren. Ich will Ihnen aus aktuellem Anlass das Thema Malaysia zu bedenken geben. Im Schwesterrat wurde die Entscheidung getroffen, dass man Palmöl aus Malaysia nicht will. Das kann man sagen. Man muss sich einfach bewusst sein, dass Malaysia massgeblich von diesem Produkt lebt und ein erstrangiges Interesse daran hat, dieses Produkt international absetzen zu können. Ein Freihandelsvertrag mit der Efta macht für Malaysia nur dann Sinn, wenn die besten Produkte eine zusätzliche Chance bekommen. Ich bedauere also, dass wir ein abschlägiges Signal nach Malaysia geschickt haben, und hoffe auf Diskussionen, die helfen, das zu korrigieren. Wenn einmal der Grundsatzentscheid richtig gefällt ist – für mich ist er richtig, wenn er eine Offenmarktpolitik bedeutet –, lässt sich dann schon im Detail die eine oder andere Vorsichtsmassnahme aushandeln.

Die Gemischten Ausschüsse erfüllen ihre Funktion. Die Entwicklungszusammenarbeit funktioniert gut. Sie haben das alles im Bericht dargestellt. Die zolltarifarischen Massnahmen stehen diesmal nicht zur Debatte.

Zusammenfassend halte ich fest, dass wir gut unterwegs sind. Wir sind eines der ganz wenigen Länder, die sich rühmen dürfen, dass sie eine Quasi-Vollbeschäftigung haben. Ich weiss, dass wir auch in unseren Gefilden Ausgesteuerte usw. haben. Wir haben aber eine Quasi-Vollbeschäftigung. Im internationalen Vergleich ist das eine ausserordentlich gute Ansage. Entscheidend wichtig ist das Bildungs- und Forschungssystem. Daran darf nicht gerüttelt werden. Entscheidend wichtig ist dann die Offenmarktpolitik. Mit diesen grundlegenden Überzeugungen muss es gelingen, in der Zukunft den Erfolg sicherstellen zu können.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Le président (Fournier Jean-René, premier vice-président): La commission vous propose de prendre acte du rapport.

Vom Bericht wird Kenntnis genommen

Il est pris acte du rapport

Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen

L'entrée en matière est décidée sans opposition

Bundesbeschluss über die Genehmigung zolltarifarischer Massnahmen

Arrêté fédéral portant approbation de mesures touchant le tarif des douanes

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté



AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL

Ständerat • 5012 • Siebente Sitzung • 12.03.18 • 15h15 • 18.008
Conseil des Etats • 5012 • Septième séance • 12.03.18 • 15h15 • 18.008



Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
(namentlich – nominatif; 18.008/2339)
Für Annahme des Entwurfes ... 34 Stimmen
(Einstimmigkeit)
(0 Enthaltungen)

AB 2018 S 169 / BO 2018 E 169

